
Im Dezember 2012 forderten Grüne und Linkspartei die Wiederaufnahme der Arbeit der Hamburger Aufsichtskommission für geschlossene Heime. Diese hatte es bis 2008 für das inzwischen geschlossene Heim in der Hamburger Feuerbergstraße gegeben (vgl. Michael Lindenberg im letzten FORUM). Nach einer parlamentarischen Anfrage zur „Haasenburg“ verweigerte der Hamburger Senat unserer Gesprächspartnerin, Christiane Blömeke, die Informationen zu den monatlichen Unterbringungskosten. Das seien „Geschäftsgeheimnisse“, solche Auskünfte ließen Rückschlüsse auf Umsatzzahlen zu und könnten die Wettbewerbsposition eines Trägers nachteilig beeinflussen. () Damit war man der Sichtweise der Firma Haasenburg gefolgt.*

Die Verantwortung Hamburgs endet nicht an der Landesgrenze

ein Gespräch mit Christiane Blömeke

FORUM: Warum haben Sie gerade jetzt die parlamentarische Initiative gestartet mit Ihrer Anfrage zur Haasenburg?

Christiane Blömeke: Für diesen Zeitpunkt gab es verschiedene Gründe. Ich bin zum einen durch die Berichterstattung in den Medien und durch eine Anfrage der grünen Landtagsfraktion in Brandenburg auf die problematischen Zustände in den Einrichtungen der Haasenburg GmbH aufmerksam geworden. Zum anderen habe ich mich im

Zusammenhang mit der Unterbringung eines Jungen in einem Wanderzirkus verstärkt mit der Betreuung von Minderjährigen außerhalb Hamburgs, der sogenannten auswärtigen Unterbringung, befasst. Dabei hat die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen mit geschlossener Unter-

Die Wahrung des Kindeswohls muss durch eine Aufsichtskommission kontrolliert werden.

bringung, wie z.B. der Haasenburg, ebenfalls eine wichtige Rolle gespielt. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Wir Grüne lehnen die Unterbringung von Minderjährigen in geschlossenen Einrichtungen weiter grundsätzlich ab. Dafür gibt es im politischen Raum aber absehbar keine Mehrheit. Solange aber Kinder und Jugendliche aus Hamburg in geschlossenen Einrichtungen außerhalb Hamburgs betreut werden, muss die Wahrung des Kindeswohls durch eine Aufsichtskommission weiterhin kontrolliert werden. Diese Verantwor-



Foto: L. Wagner

tung Hamburgs endet nicht an der Landesgrenze. Daran haben wir den Senat erinnert.

Wie war die öffentliche Resonanz, v.a. auch im außerparlamentarischen Bereich? Haben Sie auch Reaktionen von betroffenen Jugendlichen oder Eltern bekommen?

Abgesehen von der Berichterstattung in den Hamburger Medien hat unsere parlamentarische Initiative vergleichsweise wenig öffentliche Resonanz gefunden. Ich habe auch keine direkten Reaktionen von betroffenen Jugendlichen oder ihren Eltern erhalten. Direkte Reaktionen gab es hingegen aus dem Kreis der Hamburger Familienrichterinnen und -richter. Auch nach der Veranstaltung sind bei mir keine Zuschriften eingegan-

gen. Ich bedauere, dass dieses Thema so wenig öffentliche und mediale Aufmerksamkeit hat.

Was sagen Sie zu der Argumentation der Haasenburg gegenüber der FHH, Aussagen zu den Kosten einer solchen Unterbringung müssten geheim bleiben, sie unterlägen dem Datenschutz, auch gegenüber dem Parlament? Informationen dazu würden „die Wettbewerbsposition des Trägers“ nachteilig beeinflussen? Spricht das nicht dafür, die Jugendhilfe – als öffentliche Aufgabe – den Marktmechanismen so schnell wie möglich zu entziehen?

Die Auffassung der Haasenburg ist das eine. Wirklich schwierig finde ich, dass sich der Hamburger Senat dieser Auffas-

sung vollumfänglich angeschlossen hat und dem Parlament jetzt wesentliche Informationen, beispielsweise zu den Kosten, vorenthält. So können die Abgeordneten ihre Kontrollfunktion nicht wahrnehmen. Wir haben hier eine andere Rechtsauffassung und haben daher gegen diese Auskunftsverweigerung des Senats bei der Präsidentin der Bürgerschaft Beschwerde eingelegt. Die Antworten werden von uns im Moment noch rechtlich geprüft.

Christiane Blömeke, vielen Dank für das Interview!

Interview: Manuel Essberger

Anmerkung:

*) vgl. taz v. 08.02.2013



Christiane Blömeke,

Familien-, Kinder- und jugendpolitische Sprecherin der grünen Bürgerschaftsfraktion, ist Umweltpädagogin und seit Ende der 80er Jahre mit dem besonderen Augenmerk auf die Interessen von Kindern und Jugendlichen politisch aktiv.